



Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.90 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

**Deutscher Reichstag.**  
**Um die deutsche Handelsflagge.**

Berlin, 27. Juni. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten nahm der Reichstag heute in zweiter Lesung einige Nachtragsetats an und zwar den des Reichsministeriums für Wiederaufbau, des Reichsarbeitsministeriums mit einem Antrag Hoch (Soz.), der eine Million Mark als Beihilfe zur Schulung von Betriebsratsmitgliedern auswirft, sowie den des Reichsverkehrsministeriums. Dann trat das Haus in die Beratung eines schleunigen Antrags der Rechten, des Zentrums und der Demokraten ein betreffend die Aufhebung der Anordnung des Reichspräsidenten über die deutsche Flagge vom 11. April ds. Js. In der sehr ausgedehnten Debatte machten die Antragsteller geltend, daß die neue Flagge geeignet sei, den überflüssigen Wiederaufbau zu gefährden und daß sich alle fernnordischen Kreise, darunter selbst die sozialdemokratischen Senatoren von Hamburg und Lübeck, und die Arbeiter der Reedereien, sowie die Auslandsdeutschen für die Beibehaltung der alten Handelsflagge ausgesprochen hätten. Die Frage sei keine politische, sondern eine rein flaggenrechtliche. Demgegenüber wurde aber von den Rednern der sozialistischen Partei betont, daß die Gesamtheit des Volkes ein Interesse daran habe, daß die Flagge der Republik auch weiterhin geachtet werde. Die deutschen Waren würden nach ihrer Qualität beurteilt, nicht nach der Flagge. Bei der Flagge handele es sich um den Kampf der Flagge der Monarchie gegen die der Republik. — Bei der schließlich auf Antrag der Rechten vorgenommenen namentlichen Abstimmung stimmten von 246 anwesenden Abgeordneten 120 für und 121 gegen den Antrag bei 5 Stimmenthaltungen. Demnach bleibt also die Anordnung des Reichspräsidenten in Geltung, wonach die Handelsflagge schwarz-weiß-rot mit der Seitenfärbung in den Reichsfarben ausgeführt wird. — Für die morgen Nachmittag 2 Uhr beginnende Sitzung stehen Anfragen und Nachtragsetats auf der Tagesordnung.

**Der Reichsinnenminister über die Entwaffnungsfrage.**

Berlin, 27. Juni. Im Hauptauschuß des Reichstags erklärte Reichsinnenminister des Innern, Dr. Gröbner, daß das Reichswehrministerium eine Bedrohung der ostpreussischen Grenze auch für möglich halte. Der Kanzler habe sich dafür eingesetzt, daß baldigst der Abbau des Ausnahmezustands erreicht werden möge. Die Regierung sei durchaus gewillt an dieser Forderung festzuhalten. Aber es lasse sich nicht verkennen daß der Weg schwierig sei. In der Provinz Sachsen steht der Oberpräsident a. B. auf dem Standpunkt, daß in gewissen Teilen der Provinz die völlige Beseitigung des Ausnahmezustands noch nicht empfehlenswert sei. In Bayern sei die Befestigungsprobe sehr schwer gewesen. Aber auch hier werde man, so bald die Entwaffnung und die Auflösungsfrage geregelt sei, zu einer normalen Lage zurückkehren können. Hinsichtlich der Orgesch sei es auf Grund des Ultimatus selbstverständlich Pflicht der Landesregierungen, die nötigen Schritte zu tun, um zur Durchführung der Bestimmungen zu gelangen. Die Strafbestimmungen beruhen auf dem Gesetz vom 22. März. Der Minister betonte dann nochmals, daß von der Reichsregierung in Württemberg überhaupt nichts veranlaßt worden sei und der Ausnahmezustand dort nicht besteht.

**Die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren.**

Berlin, 28. Juni. Nach einer Blättermeldung aus München wird die bayerische Regierung sogleich den Erlaß der Reichsregierung zur Auflösung der Einwohnerwehren dem Registeramt zugehen lassen, der die Löschung der Organisationen im Vereinsregister vollziehen und bekanntgeben wird. Die bayerische Einwohnerwehr würde darauf den Befehl fassen, sich selbst aufzulösen, sodas weitere Maßnahmen der Regierung sich erübrigen.

**Zur Lage in Oberschlesien.**  
**Die Räumung.**

Hoybitz, 28. Juni. Die gestrigen Räumungsarbeiten führten zur Freimachung mehrerer Gleise des Rangier-Bahnhofs für den Güterverkehr. Der Schaden wird auf zirka 55 Millionen Mark geschätzt. Von glaubwürdiger Seite verlautet, der Reichskontrollrat sei gegen die Repressalien der Polen gegen die Kaufmannschaft eingeschritten, worauf die Verhafteten auf freien Fuß gesetzt wurden. Auch die verhafteten Eisenbahner wurden freigelassen.  
Kattow, 27. Juni. Im südlichen Bezirke rüden die Insurgenten ab. Seit gestern nachmittag wird der Abbau der Insurgentenfront und die Aufhebung der einzelnen Ortsquartiere durchgeführt. Nach Randzjin, Kattowitz und dem Industriegebiet wird mit einigen Zügen der Verkehr aufrecht erhalten.

**Berlin 28. Juni.** Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Beuthen meldet, ist ein Teil der in Kattowitz zusammengezogenen Insurgenten mit Waffen und Munition in der Richtung nach Deutsch-Bielitz abgezogen. In Kattowitz haben die Insurgenten den Südpark geräumt.

Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ ist in dem zwischen dem General Höfer und dem General Henniker abgeschlossenen Räumungsabkommen vorgesehen, daß der polnische Rückzug durch englische Kommissionen nachgeprüft werden soll. General Höfer hat darauf bestanden, daß die Räumung Zug um Zug erfolgen muß und erklärt, daß der Selbstschuß nicht tatenlos zusehen wird, falls die Polen über das vom Selbstschuß geräumte Gebiet herfallen.

Berlin, 28. Juni. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, vollzieht sich der Rückzug des deutschen Selbstschusses in Oberschlesien ohne Störung. Vereinzelt Versuche jüngerer Offiziere, sich dem Rückzugsbefehl des Generals Höfer entgegenzusetzen, wurde von älteren Offizieren mit Erfolg entgegengetreten. Es ist anzunehmen, daß zur vorgeschriebenen Zeit die erste Linie des Räumungsplans von allen deutschen Einheiten erreicht sein wird.

**Koriantys Täuschungsmanöver.**

Gleiwitz, 26. Juni. (Verpätet eingetroffen.) Vertreter des ober-schlesischen Berg- und Hüttenwesens in Gleiwitz und Hindenburg haben an Lloyd George und Giolitti ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: Zuverlässig erfahren wir, daß die Interalliierte Kommission mit Korianty über die Räumung des Industriegebietes verhandelt. Nach unseren Informationen besteht kein Zweifel, daß diese Verhandlungen von Korianty in unehrlicher Absicht geführt werden. Trotz Koriantys Zusage, das Industriegebiet von Truppen zu räumen, hat er die Absicht, sein gesamtes Kriegsmaterial an der polnischen Grenze in Sicherheit zu bringen und seine militärischen Organisationen in einer verschleierte Form, zum Teil als Ordiswehren, aufrecht zu erhalten. In Insurgententerritorien wird bereits von dem vierten Aufstand gesprochen. Es besteht auch die Absicht, durch Verzögerung der Räumung eine Anleihe für die Insurgenten und ihre Schandtat zu erzwingen. Wir fordern dringend einschneidende Maßnahmen zur schnellen Niederwerfung des Aufstands, der das ober-schlesische Wirtschaftsleben vernichtet. In diesem Verlangen wissen wir uns einig mit der gesamten ober-schlesischen Industrie.

**Bergeblisches Leugnen der Franzosen.**

Berlin, 27. Juni. Die „Agence Havas“ bezeichnet den vom „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlichten Geheimbericht, den General Lerond an die französische Mission in Berlin geschickt haben sollte, für in allen Teilen erfunden. Demgegenüber stellt der „Lokalanzeiger“ fest: Es ist sehr verständlich, daß die französischen Amisstellen angesichts des mehr als bloßstellenden Tatbestandes, der in ihm zu Tage tritt, mit allen Mitteln die Existenz dieses Geheimberichts in Abrede stellen. Wir begnügen uns demgegenüber im Augenblick damit, auf unsere Erklärung hinzuweisen, daß die Echtheit dieses Berichts feststeht.

**Fortdauer der polnischen Gewalttaten.**

Tarnowitz, 27. Juni. In der am 22. Juni abgehaltenen Sitzung des Magistrats, die von dem von Korianty zwangsweise eingekerkerten kommissarischen Bürgermeister, Apotheker Gaida aus Randzionkau, geleitet wurde, stellte der ebenfalls dem Magistrat zwangsweise zugeleitete polnische Bürgermeister von Georgenberg, Bentowski, den Antrag auf Zahlung einer Kontribution von 400 000 Mark mit der Begründung, daß die Stadt für die Beherbergung des Bastardtums der preuß. Bureaucratie eine Strafe verdiene, deren Höhe ursprünglich auf zwei Millionen festgesetzt worden sei. Nur der Einwirkung der polnischen Bevölkerung sei die Herabsetzung dieser Strafe auf 400 000 Mark zu verdanken. Gaida gab noch zur Begründung an, daß dieser Betrag für die Zahlung der von der Front zurückkehrenden dienen solle. — Die Stadt Hindenburg soll die Deckung der Insurgentensteuer durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 50% aufbringen.

Beuthen, 27. Juni. Heute vormittag 11 Uhr passierte ein Zug bewaffneter Insurgenten auf zwei Kraftwagen und einem Panzerkraftwagen die Hauptstraßen der Stadt. Der Panzerkraftwagen, der gemalte Totenköpfe zeigte, war mit einem Maschinengewehr bewaffnet. Die französischen Besatzungstruppen ließen die Kraftwagen ungehindert die Stadt passieren.

Berlin, 27. Juni. Blättermeldungen aus Oberschlesien zufolge gibt man sich dort keinen allzu großen Erwartungen hin hinsichtlich der Ausführung des Räumungsabkommens durch die Polen. Nach einer Meldung des „Tageblatts“ haben die Polen entgegen dem Abkommen den Güterbahnhof Gleiwitz erneut besetzt. — Laut „Lokalanzeiger“ berichten polnische Ueberläufer, daß in der Gegend von

Hindenburg noch jetzt eifrig an der Aufstellung einer polnischen Schwadron, einer Ersatzschwadron und dreier Infanteriekompanien gearbeitet werde. — Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Oberglogau Zusammenstöße zwischen den Insurgenten und den Engländern im Industriegebiet. Von Gleiwitz aus werde ein polnisches Flugblatt verbreitet, worin den Engländern empfohlen wird, schleunigst aus dem Industriegebiet zu verschwinden, da die Insurgenten die Engländer und Italiener in die Mitle nehmen und entwaffnen würden.

Berlin, 27. Juni. Nach Meldungen der Abendblätter aus Hindenburg verhafteten die Insurgenten den Vorsitzenden der Ortsgruppe Zaborze des Verbands heimatreuer Oberschlesier, den Lehrer Golanowski, ferner den Oberbergat Steinhoff und 4 andere Personen. In Zaborze wurden der deutsche Plebiszitunterkommissar v. Nicolai und der Großkaufmann Blasen von den Insurgenten verschleppt.

**Die angebliche bolschewistische Agitation.**

Berlin, 28. Juni. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet über eifrige Tätigkeit bolschewistischer Agitatoren in Oberschlesien. Die Bolschewisten treten in den Reihen der Insurgenten den polnischen Agitatoren scharf entgegen. Sie versuchen auch, die englischen Soldaten für ihre Ideen zu gewinnen. Darauf wird zurückgeführt, daß die Engländer zahlreiche Ablösungen ihrer Leute vornehmen. In den letzten vier Tagen sind etwa 60 Schotten aus Oberglogau abbeordert worden.

**Erste Folgen des Ausfalls der Kohlenlieferungen aus Oberschlesien.**

Berlin, 28. Juni. Wie die Morgenblätter schreiben, führt das fortdauernde Ausbleiben der Kohlenlieferungen aus Oberschlesien allgemein zu einer anhaltenden Entblößung Deutschlands von irgendwelchen Kohlenreserven. Die Gasanstalten im Reich können nur mit durchschnittlich 60% ihres eingeschränkten Kontingents beliefert werden. Die Elektrizitätswerke haben Abschaltungen von Industrien und Stromsperrzen vornehmen müssen. Zum Teil sind die Rüstlagen, die für den Getreideverbrauch bestimmt waren, angegriffen und aufgebraucht. Auch die Kohlenbestände der Reichseisenbahn sind erheblich zurückgegangen. Desgleichen macht sich ein scharfer Mangel an Bunkerlohe geltend. In Hamburg liegen infolgedessen über 50 Röhne fest, die mit Getreide und Lebensmittel nach Berlin und Schlesien bestimmt waren. Ebenfalls liegen in Breslau, Obergberg, Fürstenberg, Berlin, Spandau, Havelberg und Brandenburg zahlreiche Schleppzüge, insbesondere Lebensmitteltransporte, fest.

**Zur auswärtigen Lage.**  
**Aufforderung Ungarns zur Räumung des westungarischen Gebiets.**

Wien, 27. Juni. Die Parlamentarierkorrespondenz erzählt von unterrichteter Seite, daß die Ententeemächte an die ungarische Regierung eine Note gerichtet haben mit der Aufforderung, darauf zu achten, daß bei der Räumung des Oesterreich zugesprochenen westungarischen Gebiets keinerlei Ausdehnungen stattfinden und daß ein etwaiger Versuch, sich der Vollziehung des Friedensvertrags von Trianon zu widersetzen, nicht unterläßt würde. Oesterreich sei von der Entente aufgefordert worden, einen Vertreter für die Grenzfestsetzungskommission in Ungarn zu bestimmen.

**Rabinettskrisis in Italien.**

Rom, 28. Juni. In der gestrigen Nachmittagsitzung der Kammer teilte Giolitti mit, daß er infolge der vorgestrichenen Abstimmung und der kleinen dabei erzielten Mehrheit, deren politischer Wert durch die während der Debatte gemachten Vorbehalte noch vermindert werde, der Ansicht sei, daß diese Abstimmung der Regierung die zur Lösung der gegenwärtigen ersten Fragen notwendige Stärke nicht gebe. Das Ministerium habe deshalb dem König sein Rücktrittsgesuch überreicht, der sich die Entscheidung vorbehalten habe. Die Regierung werde bis zur Erledigung der laufenden Geschäfte auf ihrem Posten bleiben.

**Berkündigung im englischen Bergarbeiterstreik?**

London, 28. Juni. Das Reutersche Bureau meldet von gestern: Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter verlagte sich um 8.30 Uhr. Die Delegierten werden um 10 Uhr mit Lloyd George zur Besprechung der Regierungssubvention zusammentreffen. Zuständigerseite wird erklärt, daß hinsichtlich des Uebereinkommens mit der Regierung über die Subvention ein vorläufiges Uebereinkommen erzielt worden sei, demzufolge die Arbeit am 4. Juli wieder aufgenommen werden soll.

**Die antibolschewistische Bewegung in Rußland.**

London, 27. Juni. Die „Morning Post“ meldet aus Kiew, daß in Rußland ein großes Komplott gegen die Sowjetregierung entdeckt

Calw  
30.—  
den 28. Juni  
29. ds. Mis.  
ffenn.  
Gemeinderat.  
Calw  
Holländer  
Blumenhoch  
Schlangen-  
Gurken  
Stk. Nr. 4.50  
G. m. b. H.  
Dachshunde,  
Hündin,  
Fahrpläne  
den Bezirk Calw

worden sei, das den Zweck verfolge, eine neue Koalitionregierung zwischen Lenin und den gemäßigten Kommunisten auf der einen Seite und den bürgerlichen und sozialistisch-antibolschewistischen Gruppen auf der anderen Seite zustandezubringen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

**Foch geht nach Amerika.**

Paris, 27. Juni. Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, begibt sich Marshall Foch am 7. Oktober nach Amerika. — Er soll dort wohl das amerikanische Heer gegen Japan organisieren!

**Japanische Zensur wegen der Frage des japanisch-englischen „Bündnisses“.**

Berlin, 28. Juni. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus London: Nachrichten aus Tokio zufolge hat die japanische Regierung das Erscheinen eines amerikanischen Blattes und mehrerer anderer ausländischer Zeitungen in Tokio verboten, weil sie Nachrichten über die Erneuerung des anglo-japanischen Bündnisses veröffentlicht hätten.

**Eine neue Revolutionsbewegung in Mexiko.**

Paris, 27. Juni. Nach einem Telegramm der „Chicago Tribune“ aus San Antonio sieht Mexiko vor einer revolutionären Krise. Die Gegner des Präsidenten Obregon sollen eine halbe Million Dollar zu seiner Bekämpfung aufgebracht haben. An der Spitze der Bewegung steht General Pablo Gonzalez. Truppenzusammenschließungen und kleinere Kämpfe hätten bereits stattgefunden. — Es handelt sich natürlich um amerikanische Machenschaften zum Zweck des schließlichen Eingreifens und der Unterwerfung des Landes unter amerikanische Herrschaft.

**Aus dem besetzten Gebiet.**

**Die schwarze Schmach.**

Köln, 27. Juni. Das auch Ausflügler am hellen Tage in gewissen Gegenden nicht sicher sind, von farbigen Truppen belästigt zu werden, beweist ein Vorkommnis, das sich gestern in Bergisch-Gladbach bei Köln zugetragen hat. Dort wurde die kommunistische Stadtverordnete aus Köln, Fräulein Ackermann, von farbigen Soldaten überfallen, mit dem Bajonett bedroht und fortgeschleppt. Auf ihr Schreien kamen glücklicherweise Leute zu Hilfe und die Soldaten ließen von ihr ab. Fräulein Ackermann kam also mit dem bloßen Schreden davon.

**Ausweisung von Arbeiterführern aus dem Saargebiet.**

Köln, 27. Juni. Wie die „Rheinische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, bereiten die Franzosen im Saargebiet neue Ausweisungen vor. Besonders soll es diesmal auf führende Personen der Mehrheitssozialdemokratie abgesehen sein, da es den Franzosen schon längst höchst unangenehm sei, daß die Sozialdemokraten im Saargebiet am wirksamsten für die Erhaltung des Deutschtums arbeiteten. — Das Blatt bemerkt dazu: Wir glauben kaum, daß heute die Arbeiterschaft des Saargebietes weniger geneigt sein wird, die Waffe des Auslands zu gebrauchen, wenn man ihre Führer politisch maßregeln würde, als im Jahre 1920.

**Keine Immunität der deutschen Abgeordneten.**

Berlin, 27. Juni. Auf ein Ersuchen des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete, die Immunität der Reichstags- und Landtagsabgeordneten im besetzten Gebiet zu respektieren, hat, nach dem „Achtuhr-Abendblatt“, die interalliierte Rheinlandskommission geantwortet, daß keine Bestimmung des Friedensvertrags oder des Rheinlandsabkommens diese Immunität vorsehe. — Das bedeutet also systematische Unterdrückung des Beschwerderechts.

**Die französischen Postrennungsmachenschaften im Saargebiet.**

(Grz.) Frankfurt a. M., 23. Juni. Angesichts der allgemeinen Notlage im Saargebiet berührt eine Verfügung der Regierungskommission sehr merkwürdig, die den Gemeinden und allen öffentlichen Anstalten und Körperschaften verbietet, Unterstützung oder Zuschüsse des Deutschen Reichs, des preussischen oder bayerischen Staats oder einer Dienststelle dieser Regierungen ohne Genehmigung der Regierungskommission zu beantragen oder anzunehmen. Die Genehmigung der Regierungskommission wird man in den meisten Fällen wohl vergeblich nachsuchen und so ist diese Verordnung wieder ein Glied mehr in der Kette der Postrennungsmachenschaften der genannten französischen Behörde.

**Niederlegung deutscher Kurorte im besetzten Gebiet.**

(Grz.) Wiesbaden, 21. Juni. Wie mehrfach hervorgehoben worden war, haben die deutschen Kurorte im besetzten Gebiet außerordentlich unter den Folgeerscheinungen der Besetzung zu leiden. Fast ohne Unterchied macht sich ein Mangel an Fremdenbesuch bemerkbar. Trotz aller Anstrengungen konnte z. B. Wiesbaden nur 35 Prozent der vorjährigen Frequenz erreichen, was einem Einnahmeausfall von rund 1 1/2 Millionen allein an Kurtaxe entspricht. Die Stadt sieht sich daher zur Deckung dieses Einnahmeausfalls gezwungen, eine weitere Fremdensteuer in Höhe von 10 Prozent des Zimmerpreises zu erheben. Diese Steuer kommt jedoch nur für Personen in Anwendung, die keine Kurtaxe bezahlen, sich also nur vorübergehend in Wiesbaden aufhalten. Wenn man berücksichtigt, daß die Kurorte auf den Erlös aus dem Kurbetriebe angewiesen sind, so ist erklärlich, daß sich ihre finanzielle Lage als bedauerlich erweist.

**Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit infolge der Sanktionen.**

(Grz.) Worms, 21. Juni. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde festgestellt, daß infolge der Sanktionen die Arbeitslosigkeit in der Stadt Worms in erschreckendem Maße zunimmt und das Wirtschaftsleben der Stadt dadurch in ungünstiger Weise beeinflusst wird. Die ungünstige Wirkung der Sanktionen für das Wirtschaftsleben macht sich jedoch nicht nur durch die steigende Zahl der Arbeitslosen, sondern auch dadurch bemerkbar, daß sich zahlreiche industrielle Betriebe gezwungen sehen, die Arbeitszeit um 50 Prozent zu kürzen. Die Zahl der Kurzarbeiter steigt dadurch rapide. Obwohl die Stadtverwaltung alle Möglichkeiten angewandt hat, um der sich ergebenden Notlage für die Arbeiterschaft und dadurch

**Oberamt Calw.**

**Uebersicht über das Ergebnis der ordentlichen Eber- und Ziegenbockschau im Oberamtsbezirk Calw im Jahr 1921.**

Bezeichnung der Gemeinde, Teilgemeinde, Parzelle des Gemeinde-Verbands	A. Eberschau			Von den aufgestellten Ebern stehen im Eigentum von Gemeindefürher	Bemerkungen
	Zahl der zur Zucht verwendeten Mutter-schweine des deutschen veredelt Land-schweins	Zahl der Eber des deutschen veredelten Land-schweins, die einen Zulassungsschein erhalten haben	Zahl der Eber des deutschen unveredelten Land-schweins, die einen Zulassungsschein erhalten haben		
Althengstett	20	1		1	
Dekensprohn	70	2		2	
Gehingen	25	1		1	
Neubulach	20	1		1	
Neuweiler	25	1		1	
Oberhollwangen	15	1		1	
Oberweiler	15	1		1	
Ostelsheim	20	1		1	
Rötenbach	20	1		1	
Simmogheim	10		1	1	
Stammheim	50	2		2	
Summe:	290	12	1	13	

  

Bezeichnung der Gemeinde, Teilgemeinde, Parzelle des Gemeinde-Verbands	B. Ziegenbockschau			Von den aufgestellten Ziegenböcken stehen im Eigentum	Bemerkungen
	Zahl der zur Zucht verwendeten Ziegen des reifschwarzen hornlosen Schlags (Schwarzschlags)	Zahl der Ziegenböcke des reifschwarzen, hornlosen Schlags, die einen Zulassungsschein erhalten haben	Von den aufgestellten Ziegenböcken und in Verpflegung von Gemeindefürher der Gemeinde (Selbstverwaltung)		
Calw	50	1		1	
Althengstett	80	1	1		
Gehingen	20	1	1		
Hirsau	60	1			
Liebenzell	100	2		1	
Neubulach	40	1		2	
Ostelsheim	25	1		1	
Simmogheim	45	1		1	
Stammheim	120	1		1	
Unterreichenbach	50	1		1	
Summe:	590	11	2	9	

Calw, den 18. Juni 1921.

Oberamt: Gös, Oberamtmann

auch für das Wirtschaftsleben zu steuern, kann nur festgestellt werden, daß sich die Lage weiterhin verschärft hat. Wie anderwärts, so ist auch in Worms eine Besserung der Verhältnisse nur durch die sofortige Aufhebung der Sanktionen und der Zollgrenze am Rhein zu erwarten.

**Deutschland.**

**Die Ablieferung des letzten Zeppelin.**

Friedrichshafen, 27. Juni. Im Laufe des heutigen Tages hat das Luftschiff „Vohsen“, das auf Verlangen der Entente auf die Größe des nach Paris abgelieferten „Nordstern“ umgebaut werden mußte, Probefahrten ausgeführt. Bei günstiger Bitterung wich das Schiff morgen nach Italien abgeliefert werden, dem es mit der Annahme des Ultimatus zugesprochen wurde. Die Ueberführung erfolgt in die militärische Luftschiffhalle von Campione bei Rom. Da mit der Ablieferung dieses Schiffes das letzte Zeppelin-Luftschiff von der hiesigen West- und aus Deutschland in Feindeshände übergeht, hat die Direktion des Luftschiffbau Zeppelin die Befestigung des Schiffes für heute vormittag freigegeben.

**Die Reichsposteinnahmen im Jahre 1920.**

Berlin, 27. Juni. Nach Mitteilung des „Achtuhr-Abendblatts“ betragen im Rechnungsjahr 1920 die Einnahmen der Post über 4 1/2 Milliarden gegen einen Vorschlag von 4 Milliarden. Gegen die Einnahmen des Vorjahres haben sie sich mehr als verdoppelt. Trotzdem ist das Defizit der Post gewachsen.

**Schuldlosigkeit der Bergverwaltung bei dem Herner Grubenunglück.**

Berlin, 23. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, wird die Schuldlosigkeit der Bergverwaltung bei dem Herner Grubenunglück durch die Ermittlung der Untersuchungskommission einwandfrei erwiesen. Es ist anzunehmen, daß angesichts der bisherigen Untersuchungsergebnisse eine Besprechung der Interpellation im Reichstag nicht mehr stattfindet.

**Aus Stadt und Land.**

Calw, den 28. Juni 1921.

**Dienstnachrichten.**

Die Oberpostdirektion Stuttgart hat dem Postpraktikanten 1. Kl. Singer in Calw eine Postsekretärstelle übertragen, desgleichen die Eisenbahn-Generaldirektion eine planmäßige Eisenbahnsekretärstelle dem außerplanmäßigen Eisenbahnsekretär Hohmann in Calw.

Die Bewerber um die ständige Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Hirsau, Ofl. Calw haben sich bis zum 16. Juli beim Evang. Oberschulrat zu melden. Die Schulvorstandschafft ist neu zu regeln.

**Vom Rathaus.**

(Am Samstag nachmittag fand auf dem Rathaus unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Auf der Tagesordnung standen Beamtenfragen, insbesondere die Besoldungsordnung. Vorher wurden einige kleinere laufende Angelegenheiten erledigt. Nach Mitteilung des Oberamts Calw an den Gemeinderat ist Herr Reichert in seiner Eigenschaft als Beisitzer beim Mieteinigungsamt zurückgetreten. Es mußte somit durch den Gemeinderat ein Ersatzmann gewählt werden. Der Hausbesitzerverein schlug wiederum Herrn Reichert und als Ersatzmann Herrn Gehring vor. Da Herr Reichert sich zur Annahme bereit erklärt hatte, wird der Gemeinderat diesen Vorschlag dem Oberamt mitteilen, außerdem auf Vorschlag von Gemeinderat Stör Hr. Hörnk als Vertreter des Arbeiterates. — Die Wohnungs-schätzungs-kommission, die seit langem, in der Hoffnung, die Verhandlungen zwischen Hausbesitzer- und Mieterverein würden zu einer Einigung

führen, ihre Tätigkeit nicht mehr ausübt hat, wird diese auf Vorschlag des Mieteinigungsamtes wieder aufnehmen. Gemeinderat Weibel hat abgelehnt, als Beisitzer mitzuwirken. An seiner Stelle wurden vom Mieterverein die Herren Pfeffer, Leonhard und Mölle vorgeschlagen. Stadtschultheiß Göhner machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die durch die Wahl des Herrn Mölle entstehen könnten, da dieser nicht in Calw wohnt. Herr G. M. A. setzte sich dagegen für Herrn Pfeffer ein, da dieser doch ein Kaufmannverdingter sei: daran, daß dieser seinen Wohnsitz in Hirsau habe, während er seine Arbeit in Calw ausübe, seien lediglich die Umstände schuld. Nach kurzer Debatte wurde Herr Mölle als Beisitzer, Herr Leonhard als Stellvertreter gewählt. — Der Bezirksbeamtenbund hatte in einem Protokoll von seiner Sitzung am 13. Juni darüber Klage geführt, daß in Calw die Fleischpreise im Vergleich zu anderen Orten verhältnismäßig hoch seien und außerdem kein billiges Rind- und Kalbfleisch in den hiesigen Metzgereien zu haben sei und auch die Qualität der Wurstwaren zu beanstanden sei. Wenn die Verhältnisse sich nicht ändern würden, so könnte sich der Beamtenbund veranlaßt sehen, zur Selbsthilfe zu schreiten und hier eine Niederlage auswärtiger Metzgereien gründen zu lassen. Auf statistische Angaben über den Viehverkehr auf dem hiesigen Schlachthaus wurden gewünscht. Die Eingabe war vom Vorsitzenden an die Metzgerinnung weitergegeben worden. Diese erwiderte, daß die hiesigen Fleischpreise sich mit denen in den Städten der Umgebung (z. B. Leonberg, Nagold, Neuenbürg u. a.) bed. G. M. Widmaier wies auf die hohen Kosten des Schlachts und Metzgereibetriebs hin. Der achtstündige Arbeitstag sei auch zu berücksichtigen. Außerdem sei Schlachtwiech sehr schwer aufzutreiben. Aufschleiß kann auf Wunsch der Bevölkerung zu 8 Mark zur Verfügung gestellt werden. Es habe bisher auch an der Nachfrage gefehlt. Die Qualität der Calwer Wurstwaren könne nicht als minderwertig bezeichnet werden. Vor allem dürfe man nicht verallgemeinern. Der Vorsitzende, G. M. Staudenmeier und Frau G. M. G. stimmten dem im allgemeinen zu und wiesen darauf hin, daß in der Hauptsache eine öffentliche Bekanntgabe des Verkaufs von Kuhfleisch durch die Metzgereien gewünscht werde. Der Vorsitzende hat G. M. Widmaier, der Metzgerinnung dies zu übermitteln. — Auf Vorschlag des Stadtschultheißen wurde Herr Max Holtacker aus Weilderstadt als Gehilfe für Herrn Mölle auf dem Stadtbauamt privatretlich angestellt. — Genehmigt wurden auf Antrag von Frau G. M. G. die Anschaffung des Rathausbrunnens mit Blumen und auf Antrag des Vorsitzenden der Verkauf des Herdes im Kaffeehaus und Anschaffung eines neuen, die Anschaffung einer neuen stehenden Kartoffel für das Einwohner-Meldeamt (1600 M.) und der Verkauf der alten Kasten (1700 M.), ferner der Kostenanschlag zur Errichtung einer Wohnung für die Schwester im Meinkinderstulgebäude und die Anschaffung von 3 von der Schulbehörde zu Spiel- und Lernzwecken gewünschten Sandlästen für die Volksschule. — Dann wurde über die allgemeinen Beamtenfragen und die Besoldungsordnung der Gemeindefürheren beraten. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß Reich und Land die Besoldungsverhältnisse ihrer Beamten bereits vor Jahresfrist geregelt haben. Die Gemeindefürheren warten schon lange darauf. Allgemeine Vorschläge und statistische Erhebungen im ganzen Land hätten die Durchführung etwas verzögert. Die Vorschläge und Entwürfe wurden im wesentlichen vom Gemeinderat genehmigt. Die Regelung der Besoldungsordnung der Körperschafts- und Gemeindefürheren schließt sich an die der Reichs- und Staatsbeamten an. Die vor einiger Zeit auch in der Presse veröffentlichten, vom Reichskabinett beschlossenen allgemeinen Bestimmungen über die Pflichten und Rechte, Arbeitszeit und Urlaub gelten mit den, den örtlichen und allgemeinen Verhältnissen angepaßten Änderungen auch für die hiesigen Gemeindefürheren. Der Urlaub wird für die hiesigen Beamten so

gendemassen angefeht  
jahr 14, über 35 Jahr  
28. Lebensjahr 18, bi  
IX-XII: bis zum 35  
12, für Schreibräulei  
dieses Jahr. Ein be  
sah für einen Beamte  
tliche Dienstverrichtu  
mäßigen Diäten und d  
Sachbezüge (W  
nsm) werden auf d  
Gründen der Sperr  
der Ratsbiener U  
Die Besoldungsgr  
Verbildung und des  
für die Gruppen VII  
prüfung erforderlich.  
sche in 7 bzw. 9 S  
(dieser Gruppen) au  
Mädchenstule, der  
IV: der dienstausst  
als „berufsmäßig aus  
Zustellbesuchener; VI:  
meister; VII: Stadt  
VIII: Stadtbauame  
Werte usw.; IX: S  
der einzelnen Schäfer  
den persönlichen  
bezüge der hauptberu  
Grundgehalt, dem O  
Betrag des Grundgeh  
klasse 60 Proz. vom  
der Kinderzulage: bis  
zum 14: 50 Ma  
Besetzung der Gemei  
auch die entsprechend  
haltungsgruppen findet  
sich aus stat.  
erhält der Beamte der  
amte, die den Endgeh  
besonderen Umständen  
überstreteten in den D  
sollungsdienstalter an  
über die Beförderung d  
der Beförderung und n  
empfänger u. a. getu  
sah eine längere Be  
derung der Schulkam  
Angelegenheiten stat.  
Stadtvorstandes bera  
wurde als Amtsauf  
3000 Mark eingese  
bare Auslagen, Dien  
wische zugleich Lan  
zufolge angemessen f  
Bauwirtschaftlich betrei  
seinem Amt beschäftigt  
**Ein würd**  
Nach der Gründung  
denen Vereinigungen  
machen, ein würd.  
stehenden Kreisen er  
besuchen zu können.  
Widerstehen bewahrt  
Einhalt getan werden  
**Jahresveram**  
Der Würt.  
schaffen Handwerke  
d. Is. von vorm  
burg seine Jahre  
stünde umfassen u  
**Der S**  
Ergänzt  
„Der Mann  
bediente sich entlich  
heiß, beschäff habe  
Duvignot sah v  
„So führt ihn z  
sich einer Flügeltür  
schlag das Herz sch  
dem rasch gehenden  
„Wo steht Eure  
dieser, von seiner  
berüh wendend.  
„Sie ist in Han  
Widerlich auf gut  
wort keinen Augen  
„Wann?“  
„Gestern abend  
„In Hanau?“  
„Zu Befehl!“  
„Wie heißt Eue  
„Rep.“  
Und Eure Halb  
„Major de la P  
Widerlich, die Nat  
ausstehend.  
„Was habi Ihr  
Widerlich fluchte  
„Ich habe ihm  
raden zu bringen,  
Gesahr im Verzuge

gengermaßen angelegt: Gehaltsgruppen I-V: bis zum 35. Lebensjahr 14, über 35 Jahre 18 Kalendertage; Gruppe VI-VIII: bis zum 28. Lebensjahr 18, bis zum 35.: 20 und darüber 24 Tage; Gruppe IX-XII: bis zum 35.: 24 und darüber 28 Tage; für Gehilfen usw. 12 für Schreibfräulein 10 Tage. Diese Regelung gilt vorläufig für dieses Jahr. Ein besonderer Aufwand soll dabei — etwa durch Erlass für einen Beamten — möglichst nicht entstehen. Für auswärtsige Dienstverrichtungen erhalten die Beamten die verordnungsmäßigen Diäten und die Reiseflohen, ausgenommen der Ortsvorsteher. Sachbezüge (Wohnung, Heizung, Licht, Kofz, Dienstkleidung usw.) werden auf die Befoldung in Anrechnung gebracht. Aus Gründen der Sparbarkeit haben nur noch die Schutzmannschaft und der Ratsherr Uniform zu tragen; die Amtsdienere führen die Mäße. Die Befoldungsgruppeneinteilung erfolgte unter Berücksichtigung der Vorbildung und des Aufgabentreibes, wie bei den Staatsbeamten. Für die Gruppen VII-IX ist das Bestehen einer einschlägigen Fachprüfung erforderlich. Es sind im ganzen 12 Gehaltsgruppen, deren jede in 7 bzw. 9 Stufen vom Anfangsgehalt bis zum Endgehalt (dieser Gruppen) aufsteigt. Gruppe I: Der Schuldiener an der Hauptschule, der Vorarbeiter; II: Schulleute, Amtsdienere; III: der dienstunfähig ausgebildete Schutzmann und die vom Gemeinderat als „heerfähig ausgebildet“ anerkannten Schulleute, Bauaufseher, Fleischbeschauer; VI: Maschinenmeister im Elektrizitätswerk, Gasmeister; VII: Stadtschultheißenamtssekretär, Stadtschulbuchhalter; VIII: Stadtbaumeister bis 31. 3. 21, der Verwalter der technischen Werke usw.; IX: Stadtschreiber, Stadtbaumeister. Bei Regelung der einzelnen Gehälter wurde nicht nur den allgemeinen, sondern auch den persönlichen Verhältnissen Rechnung getragen. Die Dienstbezüge der hauptberuflichen Beamten setzen sich zusammen aus dem Grundgehalt, dem Ortszuschlag (Ortsklasse D, abgestuft nach dem Betrag des Grundgehalts), dem Teuerungszuschlag (nach der Ortsklasse) 60 Proz. vom 1. Januar 21 ab, bis dahin 50 Prozent, und der Kinderzulage: bis zum 6. Lebensjahr 40 Mark monatlich, bis zum 14.: 50 Mark und bis zum 21.: 60 Mark. Die Befoldung der Gemeinde in eine höhere Ortsklasse vollzieht von selbst auch die entsprechende Erhöhung der Bezüge. Innerhalb der Gehaltsgruppen findet ein Vorrücken von Stufe zu Stufe alle 2 Jahre von sich aus statt. Beim Vorrücken in eine höhere Gehaltsgruppe erhält der Beamte den nächsthöheren Gehalt der neuen Gruppe. Beamte, die den Endgehalt ihrer Gruppe erreicht haben, können unter besonderen Umständen in die nächsthöhere versetzt werden. Beim Uebertreten in den Dienst einer anderen Körperschaft wird das Befoldungsdienstalter angerechnet. Weiterhin wurden Bestimmungen über die Festsetzung des Befoldungsdienstalters, über die Entlohnung der Gehilfen und nebenberuflichen Angestellten, betr. der Gratalsamplinger u. a. getroffen. Im Anschluß an die Gehaltsregelung fand eine längere Besprechung über die Einklassierung und Neugliederung der Schutzmannschaft und die Behandlung einiger persönlicher Angelegenheiten statt. Zum Schluß wurde die Gehaltseinstufung des Stadtvorstandes beraten. Sie erfolgte in Gruppe XI, außerdem wurde als Amtsaufwandsentschädigung eine Summe von jährlich 3000 Mark eingeklagt, für besonderen Amtsaufwand (nicht liquidierbare Auslagen, Dienstreisen, usw.). Den vollbeschäftigten Beamten, welche zugleich Landwirtschafft betreiben, wird der Teuerungszuschlag angemessen gekürzt. Eine weitere Kürzung tritt ein, wo ein Landwirtschafft betreibender Beamter als nur zu einem Bruchteil in seinem Amt beschäftigt anerkannt wird.

**Ein württembergischer Konzertbund.**  
Nach der Gründung einer Theatergemeinde ist nun von verschiedenen Vereinigungen, die sich die Pflege edler Musik zur Aufgabe machen, ein württ. Konzertbund gegründet worden, der den musikalischen Kreisen ermöglichen will, zu mäßigen Preisen Konzerte besuchen zu können. Zugleich sollen auch die Künstler vor finanziellen Misserfolgen bewahrt und dem Uebermaß der Konzertveranstaltungen Einhalt getan werden.

**Jahresversammlung des Schreinermeisterverbands.**  
Der württ. Schreinermeisterverband, einer der stärksten Handwerkerverbände hält am Sonntag, den 3. Juli ds. Js. von vorm. 10 Uhr ab im Konzerthaus Ravensburg seine Jahresversammlung ab. Die Beratungsgegenstände umfassen Unfallversicherungsbedingungen, Pflichtorganisa-

tion des Handwerkes Reichsarbeitsstarif und Wiederaufbauarbeiten.

**Zur Einführung der Sonntagsfahrkarten.**  
Vom 3. Juli ab werden in beschränktem Umfange Sonntagsfahrkarten mit Preisermäßigung versuchsweise ausgegeben, um den Bewohnern großer Städte den Besuch von nahegelegenen Erholungsorten zu erleichtern und Gelegenheit zur Ausspannung und Kräftigung zu gewähren. Die Sonntagsfahrkarten werden als Sammelfahrkarten für Hin- und Rückfahrt in der 3. und 4. Wagenklasse der Personenzüge nur für Stuttgart Hauptbahnhof ausgegeben. Es sind 10 Entfernungsgrenzen gebildet. Auch bei den Fahrkartenausgaben Stuttgart West, Cannstatt und Unterlärchheim sind die Karten zu haben. Will der Reisende aber über den Hauptbahnhof fahren, so hat er bei der Hin- und Rückfahrt bis und ab Stuttgart Hbf. besondere Fahrkarten zu lösen. Außer an Sonntagen werden die Fahrkarten auch an den bürgerlichen Feiertagen ausgegeben. Sie können schon am Tage vor einem Sonn- oder Festtage gelöst und auch zum Antritt der Hin- und Rückfahrt an diesem Tage, jedoch erst von 4 Uhr nachm. an, benutzt werden. Die Rückfahrt muß auf der Zielstation der Fahrkarte spätestens um 12 Uhr mitternachts, von Unterwegesstationen mit einem Zuge angetreten werden, der die Zielstation um 12 Uhr Mitternacht verläßt. Der Uebergang von Eil- in Schnellzüge ist ausgeschlossen.

**Wollen Sie das „Calwer Tagblatt“ im nächsten Vierteljahr lesen, dann bestellen Sie noch heute bei Ihrem Postamt das „Calwer Tagblatt“ für das 3. Quartal 1921. Sie erhalten dann unsere Zeitung pünktlich zugestellt.**

**Verzinsung der Steuern.**  
Ueber die Pflicht zur Verzinsung geschuldeter Reichs-Steuerbeträge herrscht, wie sich täglich zeigt, in weiten Kreisen der Steuerzahler noch große Unklarheit. Da gegenwärtig die Umsatzsteuerbescheide für das Kalenderjahr 1920 und die Anforderungen zur Bezahlung der vorläufigen Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 ausgegeben werden, die zum Teil aber auch schon vor einiger Zeit ausgegeben worden sind, wie z. B. in Calw, dürfte es nicht unangebracht sein, hierüber einiges zu sagen.

Die Verzinsung der Reichssteuern ist neu. Bei den Landessteuern ist sie noch nicht eingeführt. Die Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919, die nur für Steuern gilt, die ganz oder zum Teil zugunsten des Reichs erhoben werden, sagt im § 104: „Wird eine Zahlung, die nach den Steuergesetzen zu leisten ist, nicht rechtzeitig entrichtet, so sind, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, Zinsen zu fünf vom Hundert von der Fälligkeit an zu bezahlen.“ Unter Fälligkeit ist der Zeitpunkt zu verstehen, bis zu dem die Steuer nach dem Wortlaut des Bescheids oder der Anforderung zu bezahlen ist. Im Umsatzsteuerbescheid steht z. B. auf der Rückseite im 2. Absatz oben, daß der Betrag innerhalb zweier Wochen nach Zustellung oder Bekanntgabe des Bescheids einzuzahlen, bei späterer Einzahlung vom Ablauf der Frist ab mit 5 v. H. zu verzinsen ist. Das heißt, daß man die Umsatzsteuer, wenn man heute den Bescheid bekommt, innerhalb 2 Wochen zu bezahlen hat. Wer das nicht tut, muß die ganze Steuer Schuld von dem Tage ab, der nach Ablauf der 2 Wochen beginnt, mit 5 v. H. verzinsen. Ganz unbeachtet bleibt bei vielen zu ihrem eigenen Nachteil auch die weitere Bestimmung in dem Bescheid, daß Steuerbeträge von über 1000 M vom 1. April ab auch dann mit 5 v. H. zu verzinsen sind, wenn die Steuer erst nach diesem Tag festgesetzt und angefordert wird. Viele meinen deshalb, sie seien keine Zinsen schuldig und weigern sich, sie zu bezahlen. Das ist natürlich ein großer Irrtum und führt zu Unannehmlichkeiten für den Betroffenen, weil die Zinsen eben, wenn sie nicht gutwillig bezahlt werden, zwangsweise beigetrieben werden müssen. Bei Beachtung dieser Bestimmung, die sich auf § 37 des Umsatzsteuergesetzes stützt, erspart man sich viel Ärger und Geld.

In den Einkommensteuer-Anforderungen sind die Lage, orts zu denen bezahlt werden soll, besonders bezeichnet. Soweit die einzelnen Raten bis zu diesen Tagen nicht bezahlt werden, sind sie je vom folgenden Tage ab mit 5 v. H. zu verzinsen. Im übrigen ist zu empfehlen, wegen der Berechnung und Höhe des zu zahlenden Zinsbetrags sich an die Kasse zu wenden, bei der die geschuldeten Steuern zu zahlen sind.

**Die staatliche Tuberkulosefürsorge.**  
Dem Landtag ist nun ein zweiter Nachtrag zum Etat für 1921 zugegangen, der für das Gesundheitswesen 1 Million Mark anfordert, darunter 200 000 M Beitrag an den Verein für Volksheilstätten zur Errichtung einer Kinderheilstätte. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß 1915-18 die Zahl der Todesfälle an Lungentuberkulose wieder stark gestiegen ist: 1914 starben 2777, 1918 3652 Menschen in Württemberg an dieser Krankheit. Die Widerstandskraft der von der Krankheit bedrohten Volkskreise ist infolge der mangelhaften Ernährungsverhältnisse bedeutend schwächer geworden. Im Jahre 1919 ist die Sterblichkeit an Lungentuberkulose wieder etwas zurückgegangen. Von 3505 Todesfällen, die im Lande gezählt wurden, entfielen 3421 auf die bürgerliche Bevölkerung, 84 auf Militärpersonen. Es wird beobachtet, daß Tuberkulose-Erkrankungen namentlich unter den Kindern in verstärktem Maße auftreten. Nach den Feststellungen der Tübinger Kinderklinik sind 30% der Kinder tuberkuloseangesteckt, 10% klinisch tuberkulosekrank, 22% dieser letzteren leiden an nicht heilbarem Lungentuberkulose. Die Krankheit hat nach dem übereinstimmenden Urteil der Ärzte bei Kindern wie bei Erwachsenen an Bösartigkeit zugenommen. Durch die angeforderte Summe von 1 Million Mark sollen in sämtlichen Oberamtsbezirken Tuberkulosefürsorgeeinrichtungen errichtet werden, deren durchschnittlicher Jahresaufwand auf je 25 000 M errechnet ist, wozu ein staatlicher Zuschuß von je 10 000 M für eine Stelle erfolgen soll. Die Fürsorgeeinrichtungen sollen an die Jugendämter angegeschlossen werden. Zur Erweiterung öffentlicher Krankenhäuser für die Aufnahme Schwererkrankter sind 100 000 und als Beiträge zur Herstellung von Waldheilstätten, Waldschulen, Luft- und Sonnenbädern 60 000 M vorgesehen. Die Kinderheilstätte in Tübingen soll in der Nähe der dortigen chirurgischen Klinik errichtet werden. Der Verein für Volksheilstätten, der diese bauen will, wird durch staatliche Beiträge, für 1921 mit 200 000 M, zu diesem Zweck unterstützt.

(SGB.) Unterzettingen, M. Herrenberg, 27. Juni. In letzter Zeit wurde hier eine Dreschgenossenschaft gegründet, der sofort 80 Mitglieder beitraten.

(SGB.) Stuttgart, 27. Juni. Die Anschlagkäulen kündigen zwei öffentliche Protestveranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft der Mietervereine von Groß-Stuttgart „zur Abwehr der seitens der Stadt geplanten Mietzinserhöhungen bei den städtischen Kolonien und Notwohnungen“ auf Dienstag abend in Dinkelacker Saalbau hier und im Saal des Schwabenbräus in Cannstatt an. Die Mieterchaft ist in starker Unruhe, da sie eine große Gefahr heraufzusehen sieht. Sie fürchtet eine allgemeine Mietzinserhöhung, wenn die Steigerung der städtischen Wohnungen durchgeht.

(SGB.) Heilbronn, 27. Juni. Die Bauwerke für die Staustufen Horkheim und Kochendorf wurden an die Firmen Baresel und Dyckerhoff-Wiedmann vergeben. Die Arbeiten für den Beginn der Bautätigkeit sollen demnächst in Angriff genommen werden. Man hofft, sämtliche Erwerbslose unterzubringen.

(SGB.) Vom Zabergäu, 27. Juni. In verschiedenen Orten des Zabergäus ist die Ernte der Wintergerste bereits in vollem Gang. Die Getreidefelder stehen prächtig.

**Natürliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.**  
Die Störungen nehmen zu. Am Mittwoch und Donnerstag ist vorwiegend trockenes aber schwüles und mit Gewittern verbundenen Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw

**Der Kampf im Speffart.**  
Erzählung von Levin Schädling.

„Der Mann will nicht zu Ihnen, Herr General!“ rief der Bediente sich entschuldigend ein, „sondern zum Herrn Schultze, deshalb habe ich ihn heraufgeführt.“

Duignot sah von einem auf den anderen.

„So führt ihn zum Schultze!“ antwortete er und wandte sich einer Flügelstür zu, die in sein Zimmer führte. Wilderich sah das Herz schon von der Angst befreit hoch auf, er folgte dem rasch gehenden Bedienten unmittelbar hinter dem General.

„Wo steht Eure Halbbrigade in diesem Augenblick?“ fragte dieser, von seiner Tür sich plötzlich um- und wieder zu Wilderich wendend.

„Sie ist in Hanau angekommen, Citoyen General!“ verlegte Wilderich auf gut Glück, da er fühlte, daß er mit seiner Antwort keinen Augenblick zögern dürfe.

„Wann?“

„Gestern abend, in Hanau.“

„Zu Befehl!“

„Wie heißt Euer Divisionsgeneral?“

„Nen.“

„Und Eure Halbbrigade führt?“

„Major de la Rive!“ antwortete in steigender Beklemmung Wilderich, die Namen mit dem Mut der Verzweiflung herausstößend.

„Was habt Ihr bei dem Schultze zu melden?“

„Wilderich fluchte leise.“

„Ich habe ihm einen Brief von einem gefallenen Kameraden zu bringen, der mich bat, ihn sofort zu überbringen, da Gefahr im Verzuge sei!“ sagte er endlich.

„Seld Ihr deshalb Eurer Abtheilung von Hanau hierher zuvorgeeilt?“

„Zu Befehl, Citoyen General!“

Der General trat auf die Schwelle der Tür, welche der Bediente ihm unterdes dienstfertig aufgeworfen hatte. Wilderich sah ihn schon mit unfähiger Erleichterung im nächsten Augenblicke verschwinden; aber der General sagte, halb den Kopf zurückwendend, mit einem kalt trockenen Tone: „Folgt mir!“

Wilderich konnte nicht anders als gehorchen. Er trat in das große, nach vorn auf die Straße hinausgehende Zimmer, das Prunzgemach des Hauses, das jetzt dem Kommandanten als Empfangszimmer diente. Der General winkte ihm mit der Hand, dem Fenster näher zu treten, dann sagte er: „Gebt mir den Brief Eures gefallenen Kameraden.“

„Citoyen General, Sie werden mich entschuldigen; ich habe dem Sterbenden gelobt, ihn nur dem Schultze selbst —“

„Ihr seid sehr gewissenhaft, mein lieber Exempt von dem dritten Chasseurs zu Pferde! Ich achte das. Geht also hinaus, Euren Brief dem Schultze zu übergeben; da ich jedoch ein wenig neugierig geworden, was in dieser Depesche sein mag, die so eilig zu bestellen ist, so werde ich dabei sein. Hierher!“

Der General verließ das Zimmer wieder, schritt über den Vorplatz draußen der Treppe in das zweite Stockwerk zu, und nachdem er mit Wilderich oben angekommen, klopfte er an eine Flügelstür, welche unmittelbar über der unten in seine eigenen Zimmer führenden lag.

Nach dem er ein „Herein!“ vernommen, öffnete er, winkte Wilderich, den er vorausgehen ließ, einzutreten und trat selbst ein.

Der Schultze wohnte den über des Generals Empfangszimmer liegenden Raum, ein weites Gemach, das an den Wänden ringsum bis zu dreiviertel der Höhe mit

Bücherrepositorien besetzt war. Ueber ihnen standen vergilbte Gipsbüsten, an den Wänden oben hingen eine Reihe alter Familienbilder; ein paar Lehnstühle, Stühle mit hohen rohgeschlachten Rückenlehnen und ein paar Tische mit Büchern und Schriften und Aktenstößen darauf waren die ganze bescheidene Einrichtung dieses Wohngemachs, das nur an der Wand zwischen den beiden Fenstern den strengen und fast düstern Eindrud, den es machte, verleugnete. Hier hingen, wie es schien, allerlei Jugend- und Freundschaftserinnerungen des alten Herrn, zwei Pastellbilder von jungen Frauen, Silhouetten in runden Glasrähmchen, ein Bildwerk aus Haararbeit, das einen Tempel mit einer Tränenweide darstellte, und darunter eine alte, sehr vergilbte Seidenschleife in einem noch ältern, noch vergilbten Immortellenstranje.

Der Schultze Volkstath war ein Mann von über sechzig Jahren. Auf seinem Gesicht sprachen zwei hervorstechende Züge den ganzen Charakter des Mannes aus. Die hohe und breite Stirn verriet seine Intelligenz und der weiche Mund eine unendliche Gutmütigkeit, eine gefährliche Gutmütigkeit, wenn man anders das schmale, so wenig ausgebildete Kinn als Zeichen jeglichen Mangels an Energie deuten durfte. Er hatte das dünne spärliche Haar hinter die Ohren zurückgestrichen, ein schwarzes Käppchen vertrat die Stelle der großen gepuderten Perücke, die jetzt auf einem der Aktenstöße vor ihm lag. So sah er an seinem Schreibtisch, die Stirn auf den Arm gestützt, wie in Sinnen verloren, mit der linken Hand wie in träumerischem Spiel die goldene Tabatiere drehend, die vor ihm lag. Bei dem hastigen Eintreten der zwei Männer fuhr er wie aufgeschreckt empor.

„General Duignot“, sagte er, diesem entgegenstehend, „Sie sind es, und wen bringen Sie da?“

(Fortsetzung folgt.)

**Brennholzversorgung 1921.**

Wie verfügen noch über einen Rest Brennholz und Reisigwellen.  
Wer noch Bedarf hat wolle sich alsbald melden.  
Calw, den 27. Juni 1921. Stadtplatz: 7. n.

**Verkaufmachung.**

Die Post- u. Telegraphenverwaltung beabsichtigt, entlang der Staatsstraße

**Deckenpfann-Oberjesingen ein Fernspreckgestäng zu erstellen.**

Der Plan ist in Gemäßheit des § 7 des Telegraphen-Wege-Gesetzes vom 18. Dezember 1899 bei dem Postamt Herrenberg und Calw auf die Dauer von 4 Wochen öffentlich ausgelegt.  
Tübingen, den 25. Juni 1921. Telegraphenbauamt.

**Dr. Schleich**

ab 1. Juli auf 2-3 Wochen verreist.

Am 29. Juni keine Sprechstunde.

Empfehle mein Lager in

**neuen Herden und Defen**

Karl Forstbauer, Bad Liebenzell, Herd- u. Ofen-Geschäft.

Einen bereits neuen **Wirtschafts-Herd** mit Tellerwärmer, 160x82 Zentimeter groß, verkauft der Obige.

**Fahrnis-Versteigerung.**

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Mittwoch, den 29. Juni, (Peter und Paul-Feiertag) vormittags 9 Uhr und mittags fortgesetzt im früherer Bäcker Lohrer'schen Hause, Lederstraße 150, gegen Barzahlung:

Bücher, Frauen-Kleider, Weißzeug, Küchengeschirr, 2 vollständige Betten, 1 bereits neu, Bettladen m. Rüste, Schreinwerk: 2 Kommode, 1 Sekretär, 1 Weiß- und 2 Kleiderkasten, Tische, 1 Nachstuhl, gepolsterte und andere Stühle, Nachttische, Körbe, Spiegel u. Portraits, Faß- und Band-Geschirr, 1 Partie Flaschen, ca 2 Mtr. bürres gespaltenes Holz.  
Viebhaber sind eingeladen.

Auch verkaufe ich nachmittags 3 Uhr: getragene, schöne Blusen, Oberröcke, Damenschuhe und Sonstiges.

**2 tüchtige Gipser**

finden sofort für längere Zeit Beschäftigung bei

Ehr. Sauer, Gipsermeister, Calw.

**Mantwurf-Felle**

kauft Fr. Volz, Oberreichenbach.

Oberreichenbach, Verkauft am Mittwoch (Feiertag) einen Wurf reine, an's Fressen gewöhnte

**Milchschweine.**

zoh. Koller.

**Herrenuhr gefunden**

auf d. Straße b. Neuhengstett. Abzuholen bei

Rudolf Morgeneier, Hirsau (Bleichenau). Derselbe verkauft auch eine 2 jährige

**Rehziege.**

Eine gute haltene **Wäsche-windmaschine** ist billig zu verkaufen.

Bad Liebenzell, Schömbergstr. 261 mittl. Stod.

Althengstett O.A. Calw.

**Bauwerkmeister Ernst Frohnmeyer**

empfecht sich ab 15. Juli 1921 für

**Entwurf u. Bauleitung aller Bauobjekte für Private u. Behörden, für Landwirtschaft u. Industrie.**

Gewissenhafte, fachmännische Beratung und einwandfreie Lösung und Ausführung der Bauaufgaben unter strengster Wahrung der persönlichen Interessen des Bauherrn. Aufträge werden heute schon entgegengenommen.

Uhren Goldwaren optische Artikel

**Früsch eingetroffen:**  
**Salon-, Zimmer-, Tisch- und Wecker-Uhren** aller Art mit neuen billigeren Preisen.

Ferner bringe ich in empfehlende Erinnerung:

**Taschen-Uhren, Gold- und Silber-Waren, Trauringe, optische Artikel, Geislinger Tafel-Bestecke,**

auch alles mit bedeutend reduzierten Preisen.

Carl Eppinger, Uhrmacher, Badstraße 345.



**2 x 2 = 5**

Ist genau so falsch, wie der Gebrauch von schlechter Wassercreme für Ihre teuren Schuhe! Das Leder wird brüchig, grau, die Kleiderfüme und hellen Strümpfe werden beschmutzt, insbesondere bei Regenwetter. Der beste, der reine Perpetinid-Schuhputz-Algerin ist die einzige Garantie für langes Leben Ihrer Schuhe.

**Fräulein**

welches Lust hat, das Kochen zu erlernen, gesucht, zum 1. oder 15. Juli. Otto Baur, Koch, Hotel „Adler“

**Mädchen**

für meinen Haushalt zum alsbaldigen Eintritt. Frau Georg Mappes, Karlsruhe, Karlsriedrichstraße 20.

**Schreiner**

für allgem. Hausreparaturen für dauernd gesucht. Schwarzwaldheim Schömberg Station Liebenzell.

**Schreiner**

kann sofort eintreten bei Karl Fischer mech. Schreinerei Unterreichenbach.

**Zimmer**

elektrische Beleuchtung, un-möbliert, sofort zu vermieten Bahnhofsstr. 409.

**Einfamilien-Haus.**

Im Auftrag verkaufe ich am Mittwoch, den 29. Juni vormittags 11 Uhr im Gasthaus zur Sonne in Oberkollbach ein 1914 neuerbautes

**Einfamilienhaus** mit Gemüsegarten, in unmittelbarer Nähe d. Waldes sofort beziehb. Liebhaber sind höflich eingeladen.

Immobilienbüro J. Proß, Bad Teinach.

Vertreter gesucht. Hohen Verdienst bringt der Verkauf meiner Schürsapparate für Nähmaschinen u. Senfen. Letzterer erweist das Dingen der Senfen. Große Massenartikel. Jeder Landwirt kauft. Muster franco Nachnahme, Rückgabe gestattet. M. Straßer, Erfurt.

**Verkauf-Tausch.**

Alte und junge **Riesen-Kaninchen** gegen junge **Hühner, Rüdchenheim, Drahtgesecht.** Gg. Hoferer, Calw.

**Kinder-Kleider und -Anzüge, sowie einfache Kleider**

werden angefertigt Kronengasse 107.

**Bäcker**

Ein tüchtiger kann sofort eintreten. Eugen Stog, Hirsau.

**Damenkoffer, Handkoffer, Handkoffer,**

ein lederner, zwei gewöhnliche, eine

**Faltentasche,**

eine

**Markise**

grünleinen mit Franzen, 1,60 m breit. Alles guterhalten, zu verkaufen. Bahnhofsstraße 409.

**Anzug**

(blau) für mittlere Größe, hat zu verkaufen Karl Beck, Schneider, Stammheim.

**Vergebung von Bauarbeiten.**

Zu 7 Gebäuden in Unterreichenbach und Demnigst O.A. Calw sind die

Grab-, Beton-, Maurer-, Steinhauer-, Zimmer-, Schmied-, Flaschner-, Dachdecker-, Gipser-, Glaser-, Schreiner-, Schlosser- und Maler-Arbeiten; eventl. auch

Vobenbefäge, Wandverkleidungen, Aborteinrichtungen, Wasserzu- und Ableitungen

in Auftrags zu vergeben. Zeichnungen, Massenberechnungen und Bedingungen liegen von Donnerstag, den 30. Juni bis Samstag, den 2. Juli in der Wohnung des Herrn Dr. Geisler in Unterreichenbach zur Einsicht auf. Ebendortselbst sind Angebote spätestens bis Montag, den 4. Juli, nachm. 6 Uhr, einzureichen.

Der beauftragte Architekt: **Richard Gebhardt**

B. d. A. und D. W. V. Stuttgart, Kronprinzstr. 20 Fernsprecher 1620.

**Farren-Verkauf.**

Die Gemeinde verkauft immissionswege einen zum Schlachten taugl. schweren Farren. Angebote erbeten nach Zeugnern des Lebendgewichts bis Freitag, den 1. Juli, nachmittags 5 Uhr, an hiesige Rathaus.

Neubulach, den 27. Juni 1921.

Stadtschultheißenamt: Müller.

Voranmeldungen auf die Anfang Juli zur Zeichnung aufliegenden

**350 Millionen Mark**

**5%ige mündelsichere Zeilschuldverschreibungen der Neckar A.-G. in Stuttgart** nimmt jetzt schon entgegen

**Spar- u. Vorschubbank Calw.**

**Herde, Waschkessel Defen**

**Rupferschiffe**

kaufen Sie billig bei

Eugen Lebzelter, Schlossermeister, Calw. Telefon 178

Am Mittwoch, den 29. Juni 1921, von vormittags 7 Uhr ab, steht in un-feren Stallungen

**in Calw**

im Gasthaus zum „Löwen“ ein sehr großer Transport

erstklassige schw. hochtrachtige

**Ralbinnen, ig. Milchkühe, tr. Schaffkühe,**

zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst einladen.

**Rubin Salomon und Max Löwengart.**

Unter diesem Transport befindet sich eine große Auswahl hochtrachtige **Algäuer Ralbinnen.**

Nr. 148.

Veröffentlichungswelt: Nr. 2. - Auf

**Oberschle...**

Der innerpolitische K... künftigen Gedeih und d... Reichstag und h... gebräut, hat sich etw... anlässlich der Verhandl... neuem auffamnt. Es... seitens der ruhigen G... unseres Vaterlandes h... drängt werden, daß b... fichtspunkten als denjen... müssen immer davon be... abhängt, inwieweit wir... kungs nur geistig und n... offnen und vertedten... Einheit durch militäris... schließliche Zwangsmah... wie uns diese klar in G... halten, dann muß sich v... flimmung einstellen, un... lichen Auseinanderse... nicht darauf berechnel... Verfertigung der Gegen... feinde, und arbeiten a... hin, denn ein Bürgerzei... den dauernd gewünschte... einer „Vermittlung“ in... fähme geben.

Die Absichten unse... Vorkes werden systema... nur, daß die Franzosen... zügige „Kultur“-Progra... französischer Sprache f... fert wird, auch im O... uns rauben, und gleich... Industriegebiets das G... Einzug der eigenen Ko... fahrentunfähig gege... oberhalb Leijische G... dung stehen soll, für un... dürfen nicht veräußern... abgesehen von der auß... mäßig betrachtet, viel... den die Wirkung eige... Deshalb ist eine uncr... notwendig. Die Ameri... von der Ententepresse... kriegesgebiet entwede... der Entente stellen, Deutschland das d... letztere Lösung hätte... für Deutschland, denn... selbstverständlich das... punkt der Verwaltung... ausgesprochenen Deutsc... etwählich sein. Weide... des Verfaller Vertrau... tont werden kann.

Nachdem der polnis... des oberösterreichischen... aufsehend die oben... wägung ziehen. Zwi... lämmerke national un... zur Stellung gelangen... denn die Polen ziehen... nisiert und bewaffnet... sche Selbstschuß nach... feht nämlich ihre gan... Wir haben aus dem... Kommandeurs der all... schen, welche Heidenat... und daß die Engländer... schied unterliegen, läßt... Wie der Geheimb... daß der deutsche Selbst... der Drach plötzlich an... die Polen über den... Wuffen und Tücken vo... nur den französischen... jungen Entente. Ma... Kürzel neue große P...